Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 287. [42. Jahrgang.] Sonntag den 7. Dezember 1902. [42. Jahrgang.] Nr. 287.

Berlin, den 6. Dezember.

Politischer Tagesbericht.

Ein Mahnwort des Kaisers an die Arbeiter.

Die Ansprache, welche Se. Majestät der Kaiser gestern an die Abordnung der Arbeiter Breslaus auf dem dortigen Bahnhofe hielt, hat folgenden Wortlaut:

„Daß die Arbeiter Breslaus sich entschlossen haben, zu Mir, ihrem Könige und Landesvater, zu kommen, hat Mich mit freudiger Befriedigung erfüllt, und daß es in zweifacher Weise. Zum Ersten habt Ihr Meine in Offen ausgesprochenen Erwartungen nicht getäuscht, zum Andern habt Ihr dadurch das Andenken Meines seligen Freundes Herrn Krupp vorwurfsfrei wahren helfen.

Von Herzen danke ich dem Sprecher für seine warm empfundenen, patriotischen Worte. Sie zeugen davon, daß ehrenhafte Gesinnung und Anhänglichkeit an König und Vaterland unter Euch fest wurzeln. Euer Stand ist stets Gegenstand Meines eingebenden Interesses und Meiner Fürsorge gewesen, denn mit Stolz konnte Ich im Auslande beobachten, wie der deutsche Arbeiter vor allen anderen angesehen wird, und mit Recht.

Ihr dürft freudig an Eure Brust schlagen und Eurer Arbeit und Eures Standes froh sein. Durch die herrliche Botschaft des großen Kaisers Wilhelm I. eingeleitet, ist von Mir die soziale Gesetzgebung weitergeführt, durch die für die Arbeiter eine gesicherte und gute Existenzbedingung geschaffen worden bis ins Alter hinein unter Auferlegung von oft bedeutenden Opfern für die Arbeitgeber. Und unser Deutschland ist das einzige Land, in welchem diese Gesetzgebung bereits in hohem Maße zum Wohle der arbeitenden Klassen fortentwickelt ist. Auf Grund dieser von Eures Königen Euch zugewendeten großen Fürsorge bin Ich berechtigt, auch ein Wort aufrichtender Mahnung an Euch zu richten. Jahrelang habt Ihr und Eure deutschen Brüder Euch durch die Agitatoren der Sozialisten in dem Wahn erhalten lassen, daß, wenn Ihr nicht dieser Partei angehörtet oder Euch zu ihr bekennet, Ihr für nichts geachtet und nicht in der Lage sein würdet, Euren berechtigten Interessen Gehör zu verschaffen zur Verbesserung Eurer Lage. Das ist eine grobe Lüge und ein schwerer Irrthum.

Statt Euch objektiv zu vertreten, haben diese Agitatoren Euch aufzuhetzen versucht gegen Eure Arbeitgeber, die anderen Stände, gegen Thron und Altar, und Euch zugleich auf das Rücksichtslosteste ausgebeutet, terrorisirt und gefnechtet, um ihre Macht zu stärken. Und wozu wurde diese Macht gebraucht? Nicht zur Förderung Eures Wohles, sondern um Haß zu säen zwischen den Klassen und zur Ausstreuung seiger Verleumdungen, denen nichts heilig geblieben, und die sich schließlich am Hehrsten vergriffen, was wir hienieden besitzen, an der deutschen Mannesehre! Mit solchen Menschen könnt und dürft Ihr als ehrlichende Männer nichts mehr zu thun haben und nicht mehr von ihnen Euch leiten lassen. Nein! Sendet uns Eure Freunde und Kameraden aus Eurer Mitte, den einfachen schlichten Mann aus der Werkstatt, der Euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung; der stehe ein für Eure Wünsche und Interessen, und freudig werden wir ihn willkommen heißen als Arbeitervertreter des deutschen Arbeiterstandes, nicht als Sozialdemokraten. Mit solchen Vertretern des Arbeiterstandes, so viele ihrer sein mögen, werden wir gern zusammenarbeiten für das Wohl des Volkes und des Landes Wohl, und wird so für Eure Zukunft gut gesorgt sein, zumal da sie natürlich' fest fußen' werden auf der Königstreue, auf der Achtung vor dem Gesetze und dem Staate und vor der Ehre ihrer Mitbürger und Brüder, getreu dem Schriftwort: „Fürchtet Gott, habt die Brüder lieb, ehret den König."

Die von Seiner Majestät dem Kaiser empfangene Abordnung bestand aus 6 Arbeitern der alten Linkschen Fabrik in Breslau, aus 4 Arbeitern der Linkschen Maschinenbauanstalt, 2 Arbeitern der Hoffmannschen Wagenbauanstalt und aus je einem Arbeiter von Hemma, Dauber, Meinecke, Trelenberg, Suckow und Heckmann. Die Ansprache, welche der schon mehr als 25 Jahre in der Linkschen Wagenbauanstalt beschäftigte Federschmied Karl Clammt hielt, lautet:

„Mehrere Tausend Arbeiter der Breslauer Waggonfabriken und Maschinenbauanstalten bitten, Euer Majestät die unterthänigsten Huldigungen darbringen zu dürfen. Das Vertrauen, welches Eure Majestät in der Offenen Rede den deutschen Arbeitern schenkten, hat uns mit tiefempfundenem, ehrfurchtsvollem Dank erfüllt. Wir geloben Euer Majestät unentwegte Treue und bitten zu Gott, er möge Euere Majestät segnen und schützen immerdar!"

Für den durch die bevorstehende Versetzung des Prinzen von Ratibor und Corvey nach Athen frei werdenden Gesandtenposten in Weimar ist dem Vernehmen nach der bisherige Generalkonsul für Egypten, Gesandter v. Müller, in Aussicht genommen.

Rundschau im Auslande.

Die von den deutschböhmischen Abgeordneten des österreichischen Reichsraths in Angriff genommene **deutsch-tschechische Verständigungsaktion** scheint, wenn nicht alle Anzeichen täuschen, die Entwicklung der innerösterreichischen Verhältnisse auf die Bahn zur Gesundung zu leiten. In mehrfacher Beziehung ist diese Thatsache mit Befriedigung zu begrüßen. Mit lebhaftem Bedauern haben alle aufrichtigen Freunde des Deutschland eng verbündeten Habsburger Kaiserstaates die seit Jahren anhaltende Stockung im österreichischen Staatsleben und die damit nothwendig verbundene Zerfetzung der öffentlichen Verhältnisse Cisleithaniens wahrgenommen. Nun ist der entscheidende Schritt geschehen, um die vom Ministerpräsidenten Dr. von Koerber unternommene und zum Theil auch schon bisher von Erfolg begleitete Politik der Versöhnung auf das heißeste Gebiet, nämlich das der Sprache, praktisch zu übertragen. Es geschieht dies wesentlich im Sinne der Anregungen, die Herr v. Koerber vor zwei Jahren und nach umfassender vor einigen Wochen gegeben hat. Mit besonderer Genugthuung ist der Umstand zu verzeichnen, daß es die deutschen Parteien Böhmens sind, die sich entschlossen haben, das öffentliche Leben wieder den großen positiven Aufgaben zuzulenken, die der Lösung harren. Damit nehmen die Deutschen Oesterreichs von Neuem die Stellung ein, die ihnen als Trägern des österreichischen Staatsgedankens durch Geschichte und Ueberlieferung angewiesen wird.

Nachdem sich die Lösung des ganzen, höchst verwickelten Sprachenproblems bei verschiedenen Versuchen als undurchführbar erwiesen hat, erscheint die weise Selbstbeschränkung, die die Urheber der neuesten Vorschläge sich auferlegt haben, durchaus gerechtfertigt. Namentlich wird die vorläufige Ausscheidung der Frage, in welcher Weise die schwierige Seite des Sprachenproblems — die Staatssprache — geregelt werden soll, ohne Zweifel den Erfolg der Verständigungsaktion erleichtern. Gegenwärtig handelt es sich in erster Linie um eine Auseinandersetzung der beiden Volksstämme über die in den von Deutschen und Tschechen bewohnten Gebieten zur Anwendung kommende innere Amtssprache der Landesbehörden. Unter Wahrung der deutschen Interessen ist es allem Anschein nach gelungen, hier eine Formel zu finden, mit der auch der überwiegende Theil der Tschechen grundsätzlich einverstanden ist. Dies geht aus einer in Wien veröffentlichten Mittheilung über eine gestern Vormittag abgehaltene mehrstündige Sitzung des Jungtschechenklubs hervor, in der der von den deutschen Parteien beschlossene Programmentwurf zur Besprechung gelangte. Aus den in der Sitzung geäußerten Anschauungen ist zu ersehen, daß die in dem Entwurf der deutschen Parteien dargelegten Grundsätze der Mehrheit annehmbar erscheinen. Die parlamentarische Kommission beschloß, in einer für den Nachmittag angesetzten gemeinsamen Besprechung mit Vertretern des konservativen Großgrundbesitzes und der böhmischen Agrarier die Ausarbeitung eines ausführlichen Schriftstückes zu beantragen, das eine positive Grundlage zur Lösung der zwischen den Tschechen und Deutschen in den Ländern der böhmischen Krone streitigen Fragen enthalten soll. In dieser gemeinsamen Konferenz wurde nach eingehender Debatte beschlossen, eine positive Grundlage für die Verhandlungen über die Gesammtheit der zwischen den Deutschen und Tschechen streitigen Fragen vorzuschlagen. Die tschechischen Agrarier und die böhmisch-nationalen Sozialisten erklärten sich hiermit einverstanden, behielten sich jedoch vor, eigene Erklärungen über die deutschen Vorschläge abzufassen. Die von diesen beiden Gruppen alsdann formulirte gemeinsame Erklärung besagt, die Gruppen lehnten jedwede Verhandlung über die Vorschläge der deutschen Parteien ab und würden jede Anbahnung auf dieser Grundlage als einen Niedergang des staatsrechtlichen, nationalen und politischen Bewußtseins der Vertreter des böhmischen Volkes im Reichsrathe ansehen.

Eine von dem Standpunkt der deutschen Mehrheit abweichende Stellungnahme haben auch die der deutschen Fortschrittspartei und der deutschen Volkspartei angehörenden Abgeordneten aus Mähren und Schlesien beschlossen. Die von ihnen veröffentlichte, einstimmig genehmigte Kundgebung besagt:

„Mit Rücksicht auf den Umstand, daß die von den deutsch-böhmischen Abgeordneten zur Regelung der Sprachenfrage in Böhmen gemachten Vorschläge bei der Verschiedenheit der nationalen und sprachlichen Verhältnisse Mährens und Schlesiens auf diese Länder zum großen Theil nicht anwendbar sind, erklären die deutschvolkischen Abgeordneten aus Mähren und Schlesien, daß sie an den im allseitigen Einvernehmen der deutschen Partei für die Regelung der Sprachenverhältnisse in den beiden Ländern festgestellten Grundlagen und Vorschlägen, sowie an der Forderung, daß eine solche Regelung nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen könne, unverbrüchlich festhalten."

Es ist zu hoffen, daß dieser noch vorhandene Widerstreit der Meinungen kein Hinderniß für die Lösung der großen Frage bilden wird.

Zu einer Brüsseler Meldung des „Standard" über einen angeblich von Frankreich ausgegangenen Vorschlag, die französische Sprache als Amtssprache des **Haager Schiedsgerichts** einzuführen, verlautet aus Kreisen des Schiedsgerichtshofes, daß dort von einem solchen Vorschlage nichts bekannt sei. Vermuthlich liege der Meldung eine mangelhafte Information über den Inhalt einer Anregung zu Grunde, die von den Schiedsrichtern in der amerikanisch-mexikanischen Streitsache ergangen sei. In der Geschäftsführung des internationalen Bureaus im Haag und des Verwaltungsrathes des Schiedsgerichtshofes kommt naturgemäß die französische Sprache zur Anwendung.

Bei der Berathung des Budgets des Aeußeren wies in der niederländischen Zweiten Kammer van Karnebeek darauf hin, daß die Antwort der englischen Regierung bezüglich der **Zuckerkonvention** im Widerspruch stehe mit der Auslegung dieser seitens der niederländischen Regierung. Er halte indessen diese Frage nicht für bedeutend, weil, wenn die englischen Kolonieen die Konvention nicht annehmen, ihr Zucker mit Ausgleichszöllen nur mit Genehmigung der internationalen Kommission belegt werden dürfe, und die Ausfuhr dieser Kolonieen nicht bedeutend sei. Der Minister des Auswärtigen Melvil van Lynden hielt seine Auslegung der Zuckerkonvention aufrecht, die übrigens auch die deutsche Regierung theile. Aber auch er halte die Frage für wenig wichtig für die Praxis.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erwiderte der Minister auf eine Interpellation des Abgeordneten Zerf über die Einfuhr von Vieh nach Deutschland, Deutschland beabsichtige sich der Oeffnung der Grenzen; er werde sein Möglichstes thun, um die Ansicht Deutschlands zu ändern. Van Bylandt wünscht zu wissen, ob die niederländische Regierung die Interessen der Südafrikanischen Eisenbahngesellschaft ernstlich wahrnehme und namentlich diejenigen der niederländischen Beamten der letzteren. Diese Gesellschaft habe nach der Ansicht maßgebender Personen stets korrekt gehandelt, und der Minister möge England von dem guten Rechte der Beamten überzeugen, wieder in ihre Stellen eingesetzt oder entschädigt zu werden.

Die Zuckerfrage war auch in der gestrigen Sitzung der französischen Deputirtenkammer Hauptgegenstand der Berathung. Die Kammer nahm zunächst die Berathung der Vorlage betreffend die Zuckersteuer wieder auf und stimmte derselben mit 537 gegen 14 Stimmen zu. Der Abgeordnete Coutant befürwortete darauf einen Antrag, durch den die Regierung aufgefordert wird, eine Vorlage betreffend Monopolisirung der Raffinirung des Zuckers durch den Staat einzubringen. Finanzminister Rouvier sprach gegen den Antrag, der mit 297 gegen 228 Stimmen abgelehnt wird.

Die Kammer ging sodann zur Berathung der Brüsseler Konvention über. Finanzminister Rouvier trat für dieselbe ein, äußerte jedoch Zweifel darüber, ob hierdurch die Kartelle in Deutschland und Oesterreich unterdrückt werden würden. Die Zuckerindustrie habe in diesen Ländern bessere Existenzbedingungen. Caillaux erklärte die Ausführungen des Ministers für unzutreffend. Ribot fragte an, ob der französische Zucker auf dem englischen Markt mit dem Zucker aus den englischen Kolonieen werde in Wettbewerb treten können. Es werde für die französische Zuckerindustrie verhängnißvoll sein, wenn ihr der englische und amerikanische Markt verschlossen sei. Auch werde die Konkurrenz Deutschlands und Oesterreichs immer gefährlicher, man müsse daher den Konsum im Land heben, und hierzu sei eine Herabsetzung des Zuckerpreises nothwendig. Caillaux führte aus, er habe, als er die Brüsseler Konvention unterzeichnete, geglaubt, daß er der Zuckerindustrie und den Rübenbauern einen Dienst erweise, denn Deutschland und Oesterreich hätten durch die Gewährung von Prämien die Zuckerfrage völlig umgestaltet. Die Brüsseler Konvention sei die erste Maßnahme gegen die Kartelle und Trusts. Um sich gegen die Trusts zu wehren, müsse man die Zölle nach internationaler Verständigung herabsetzen. Méline rief dazwischen: Schaffen Sie doch die Zölle ab! Caillaux erwiderte: Vor zehn Jahren hat Léon Say das aus den Zolltarifen entstehende Unheil vorausgesagt und Méline dafür verantwortlich gemacht. Méline entgegnete auf diese Bemerkung: Wenn ich schuldig bin, hatte ich drei Viertel dieses Hauses zu Mitschuldigen. Caillaux schloß darauf seine Ausführungen, indem er sagte, die Brüsseler Konvention sei eine bemerkenswerthe Erscheinung, da sie die Reaktion gegen Kartelle und Trusts und übertriebenen Protektionismus einleite und der Annäherung unter den Nationen diene. (Beifall links.) Ribot führte aus: Dies ist nicht der geeignete Zeitpunkt, unser Zollsystem zu kritisiren, der Augenblick, wo man in Berlin nur daran denkt, die Zölle zu verstärken. Aynard wirft den Anhängern des Protektionssystems vor, sie hätten dem Sozialismus das Thor geöffnet. Nach Schluß der Debatte nahm die Kammer durch Händeaufheben die Brüsseler Zuckerkonvention an.

Im englischen Unterhause brachte Gibson Bowles (kons.) einen formellen Antrag ein, das Haus solle sich nach Schluß der Sitzung auf Montag vertagen zu erneuter Besprechung der Brüsseler Konvention. Bowles führte aus, seit das Haus zuletzt diese Frage besprochen habe, seien wichtige neue Thatsachen bekannt geworden, welche die Regierung veranlassen sollten, die Lage einer erneuten Erwägung zu unterziehen. Redner wies darauf hin, daß die Frage der Meistbegünstigungsklausel außer in Bezug auf Rußland auch bezüglich anderer Nationen sich erheben würde. Es sei die Pflicht der Regierung, alle Angelegenheiten, über die sich Zweifel erhoben hätten, vor der Ratifizirung der Konvention zu ordnen. Bowles ersucht die Regierung, dem Hause über diesen Punkt Aufklärung zu geben. Premierminister Balfour erwiderte, das Vorgehen Bowles' sei völlig ohne Präzedenzfall, und die Gelegenheit sei die ungeeignetste, diese heikelen internationalen Fragen zu erörtern. Der Premierminister ersuchte darum, daß weder der Handelsminister, noch der Unterstaatssekretär des Auswärtigen an der Debatte irgendwie theilnehmen sollen. Nach weiterer Besprechung, an welcher sich kein Minister betheiligte, wurde der Gegenstand fallen gelassen.

Ueber einen bemerkenswerthen Vorgang auf dem Gebiete der **russischen** Arbeiterbewegung berichtet ein Telegramm aus Petersburg Folgendes: „Mit Wissen der Behörden hat im Volksrestaurant am 23. November eine Vorversammlung von Arbeitern getagt, welche über die Frage der Verbesserung ihrer Lage durch Entwicklung ihrer beruflichen Selbstständigkeit und gegenseitiger Unterstützung berieten. Nach einer an die Stadthauptmannschaft gerichteten und von dieser sehr wohlwollend beschiedenen Eingabe hat alsdann am 30. November die erste offizielle behördlich genehmigte Arbeiter-Versammlung stattgefunden. Gestern hat der Minister des Innern v. Plehwe eine Abordnung der Arbeiter empfangen, die ihm den Dank für die Genehmigung der „Kameradschaftlichen Versammlungen" aussprachen. Der Minister gab dabei der Absicht Ausdruck, daß er einen derartigen Vorgehen der Arbeiter seine Unterstützung angedeihen lassen wolle."

Zum Vorgehen der türkischen Regierung in **Makedonien** verbreitet die „Agence Havas" in Paris folgende aus Konstantinopel datirte Meldung: „Die französische Regierung hat seit dem Monat Oktober die Aufmerksamkeit der Türkei auf die Nothwendigkeit gelenkt, ohne Verzug in Makedonien die Reformen durchzuführen und die Maßregeln zu befolgen, deren ernstliche Einführung die Pforte beschlossen zu haben erklärt, um einem allgemeinen Aufstande zuvorzukommen, der nach hierher gelangten Nachrichten sich in naher Zukunft vorbereite."

Kleinere Nachrichten. Die **italienische Deputirtenkammer** endigte gestern die Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend Uebertragung gewisser öffentlicher Dienste an die Gemeinden, und gab demselben seine Zustimmung. — Das **englische Oberhaus** nahm am Freitag nach zweitägiger Berathung die zweite Lesung der Unterrichtsbill mit 147 gegen 37 Stimmen an. — Der Herzog von Devonshire, ferner Lord Spencer, Goschen und Rosebery betheiligten sich an der Berathung. Rosebery griff die Anträge der Regierung heftig an namentlich in Bezug auf die durch freiwillige Beiträge unterhaltenen Schulen und führte aus, die Regierung habe, anstatt ein nationales Gesetz zu schaffen, ein Gesetz geschaffen, dessen Folgen unheilvoll sein würden. — Ein Telegramm aus Lissabon besagt: Die Meldungen, daß im April nächsten Jahres zu Lissabon eine Zusammenkunft des **Königs von Portugal** mit dem **König von England** und dem König von Spanien erfolgen werde, sind dem Vernehmen nach völlig unbegründet. — Die „Financial Times" meldet aus Glasgow: Ein bedeutendes Syndikat **englischer** und **schottischer Reder** hat Vereinbarungen getroffen bezüglich einer Verbindung zwischen New-York und dem äußersten Osten durch Dampfer von 7—8000 To. — Ueber Veränderungen im **rumänischen Kabinet** wird gemeldet: Der Minister des Innern Palladi ist zurückgetreten und durch den früheren Minister Vasil Lascar ersetzt worden. Zum Nachfolger des zurückgetretenen Ministers für Ackerbau und Handel Aurelian, der den Posten des Senatspräsidenten erhalten hat, ist der bisherige Abteilungsminister Stoicescu ernannt worden. Ministerpräsident Sturdza hat die Leitung des Arbeitsministeriums vorübergehend übernommen. — Zum Verkaufe der **griechischen Ministerkrisis** wird weiter vom 5. d. M. aus Athen berichtet: Rallí lehnte das Anerbieten Delyannis', ein Portefeuille zu übernehmen, ab, da er seine Freiheit zu wahren wünscht; doch wolle er das neue Kabinet unterstützen. Delyannis erklärte gleichfalls, Delyannis unterstützen zu wollen. Delyannis hat die Ministerliste dem Könige noch nicht unterbreitet; wahrscheinlich wird dies morgen geschehen. Andererseits spricht man auch von einem Koalitionsministerium Theotokis-Zaimis. Die Kammer wird, wie es heißt, am 22. d. M. zusammentreten. — Aus Canea wird gemeldet, daß die **Kabylen** von Beni Said sich dem Gouverneur von **Teriaa** unterworfen und ihm ihre Fahnen ausgeliefert haben. — Eine Depesche aus Constantine vom 6. Dezember besagt: Nach Meldungen hiesiger Blätter kämpfen 100 Kilometer südlich von **Biskra** vier Stämme der Largla mit dem Beni Mzab wegen des Besitzes von Palmbäumen, welche den Letzteren gehören. — Der **Negus Menelik** befahl die Mobilisirung der Armee Mas Makonnens im Bezirk Harrar, um in Tigre, wo eine Empörung gegen Menelik ausgebrochen ist, die Aufständigen zu züchtigen. — Der Sekretär des kaplandischen Ackerbaudepartements hat einen Bericht ausgearbeitet, betreffend **Einwanderung von Italienern in Südafrika.** Nach dem Plan sollen die Einwanderer einen dreijährigen Kontrakt mit ihren Arbeitgebern abschließen, worauf Letztere ihnen gestatten werden, einen Theil ihrer Farmen unter Gewinnantheil zu bewirthschaften. — Der Werth der **Einfuhr in Transvaal** in den ersten zehn Monaten des Jahres beträgt 9 241 131 Lstr. gegen 2 429 438 Lstr. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Zollertrag in den ersten zehn Monaten des Jahres beläuft sich auf 1 152 997 Lstr. gegen 352 046 Lstr. im Vorjahre. — Aus **Buenos-Ayres** wird telegraphirt: Der erste Druck von Getreide liefert ein ausgezeichnetes Resultat. Das Ergebniß beträgt in der Provinz Cordoba und im mittleren Theil der Provinz Santa Fé 15 Zentner per Hektar.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser ist gestern Abend 7 Uhr 50 Minuten in Wildpark eingetroffen und von Ihrer Majestät der Kaiserin am Bahnhofe begrüßt worden. Ihre Majestäten begaben Sich nach dem Neuen Palais.

Heute Vormittag hörte Se. Majestät von 10 Uhr ab die Vorträge des Staatssekretärs des Reichs-Marineamts und des Chefs des Marinekabinets.

---

* Das Regierungsblatt des Großherzogthums Hessen veröffentlicht einen Erlaß des Großherzogs, betreffend Bevollmächtigung des Staatsministeriums mit vorübergehender Vertretung des Großherzogs während seiner Reise nach Indien.

---

* Königin Wilhelmina und Prinz Heinrich der Niederlande sind heute Vormittag 9 Uhr nach herzlicher Verabschiedung von der Großherzogin Marie mittels Sonderzuges von Schwerin nach Schloß Loo abgereist.

---

* Die Kaiserin-Wittwe zu Rußland ist gestern aus Dänemark wieder in St. Petersburg eingetroffen.

---

* Der Staatsminister und Minister des Innern Freiherr von Hammerstein ist nach der Provinz Schlesien abgereist.

u. Der preußische Gesandte in Hamburg v. Tschirschky und Bögendorff ist aus Slawentzitz hier angekommen.

u. Prinz Hans Hohenlohe-Oehringen, preußischer Gesandter in Darmstadt, ist von dort hier angekommen.

u. Der Kaiserliche Wirkl. Geh. Rath Graf v. Dönhoff-Friedrichstein ist aus Friedrichstein hier angekommen und im Continental-Hotel abgestiegen.

u. Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Graf v. Götzen ist aus Italien hier eingetroffen.

u. Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode hat sich von hier nach Großkamin begeben.

u. Gräfin Frankenberg, geb. Prinzessin zu Hohenlohe-Oehringen, ist aus Weinheim hier angekommen.

4. Der bisherige amerikanische Botschafter Mr. Andrew D. White hat am Freitag Abend 10 Uhr 15 Min. mit dem Expreßzuge Berlin verlassen, um mit seiner Familie für den Winter in Russisch zu der Riviera Aufenthalt zu nehmen. Zur Verabschiedung, die eine überaus herzliche war, hatten sich auf dem Anhalter Bahnhofe der italienische Botschafter Graf Lanza, der österreichisch-ungarische Botschafter v. Szögyeny, der russische Botschafter Graf von der Osten-Sacken, der französische Botschafter Marquis de Reaillet, der türkische Botschafter, der Staatssekretär des Reichs-Marineamts, Vize-Admiral v. Tirpitz, der Führer des diplomatischen Korps, Vize-Ober-Zeremonienmeister v. dem Knesebeck, der englische Geschäftsträger Mr. Buchanan, der braunschweigische Gesandte Frhr. v. Gamm-Burgdorf, der hessische Gesandte Baron v. Greindl mit Gemahlin, der amerikanische Gesandte in Athen Mr. Jackson mit Gemahlin, der amerikanische Geschäftsträger Mr. Dodge, die amerikanischen Kapitäns Potts und Biddle mit Gemahlinnen, die Botschaftssekretäre von der Bilet und Baron von Giskra und zahlreiche andere Herren des diplomatischen Korps eingefunden. Mr. White und Gemahlin verabschiedeten sich der Reihe nach von den Anwesenden und heftigen dann den Schlafwagen, aus welchem sie noch verschiedene Händedrücke mit den Zurückbleibenden wechselten.

---

* Der frühere Präsidenten des hiesigen Landgerichts I, Geh. Ober-Justizrath Hermann v. Krüger, der kürzlich sein 90. Lebensjahr vollendet hat, ist des Charakter als Wirklicher Geheimer Ober-Justizrath mit dem Range eines Rathes erster Klasse verliehen worden. Präsident v. Krüger ist, der „Voss. Ztg." zufolge, am 29. November 1812 in Neuruppin geboren, 1833 als Auskultator im Bezirk des Kammergerichts in den Justizdienst getreten und im April 1839 zum Kammergerichtsassessor ernannt worden. Im Februar 1841 als etatsmäßiger Assessor bei dem Land- und Stadtgericht in Treptow a/Rega angestellt, wurde er von da 1844 nach Neustadt-Eberswalde und 1847 als Ober-Gerichtsassessor an das Potsdamer Stadtgericht versetzt. Im Mai 1850 wurde er zum Stadtgerichtsrath in Berlin und im April 1862 zum Kammergerichtsrath ernannt. Im April 1867 kam er als Geh. Justizrath und vortragender Rath in das Justizministerium, schied aber schon im folgenden Jahre aus diesem aus, um Präsident des hiesigen Stadtgerichts zu werden. In diesem Amte rückte er 1873 zum Geh. Ober-Justizrath auf. Bei der Justizreorganisation von 1879 wurde er Präsident des Landgerichts I, trat aber schon ein halbes Jahr später nach fast 50 jähriger Amtsthätigkeit in den Ruhestand und erhielt bei dieser Gelegenheit den Stern zum Rothen Adlerorden II. Klasse mit Eichenlaub. Am 18. November 1886 wurde er von Kaiser Wilhelm I. geadelt.

---

* Zum Geh. Regierungsrath und vortragenden Rath im Reichs-Justizamt ist der bisher ständige Hülfsarbeiter bei dieser Behörde, Regierungsrath Degg ernannt worden. Geh. Rath Degg stand früher im bayerischen Justizdienst; er war in den 90er Jahren Amtsrichter in Würzburg und sodann Staatsanwalt bei dem Landgericht in Nürnberg. Aus dieser Stellung wurde er am 1. Januar 1898 unter Ernennung zum Regierungsrath als Hülfsarbeiter in das Reichs-Justizamt einberufen.

---

* Der Senat von Hamburg hat den Bürgermeister Dr. Johann Heinrich Burchard zum Ersten Bürgermeister und den Senator Dr. Gerhard Hachmann zum Zweiten Bürgermeister für das Jahr 1903 erwählt.

---

* Der Regierungsrath Dr. Günther in Minden ist der Regierung in Köslin und der Regierungsrath Leis in Köslin der Regierung in Minden überwiesen worden.

---

* Das Stadtverordneten-Kollegium in Krefeld wählte gestern in geheimer Sitzung an Stelle des am 1. April 1903 nach 21jähriger Thätigkeit seinen Wunsch aus dem Amte scheidenden Ober-Bürgermeisters Geheimen Regierungsrathes Küper den Landrath des Kreises Gelsenkirchen Dr. Hammerschmidt einstimmig zum Ober-Bürgermeister.

---

mb. Das auf gestern angesetzt gewesene Diner beim Reichstagspräsidenten Graf von Ballestrem ist nochmals, und zwar bis in den Januar verschoben worden.

---

* Die „Deutsche Tagztg." erfährt, daß es dem Abg. Dr. von Levetzow, entgegen anders lautenden Nachrichten, besser geht als früher.

---

k. Generalleutnant v. Sluyterman-Langeweyde, Kommandant von Altona und über die in Hamburg und Wandsbeck stehenden Truppen, Oberstleutnant Fries, Kommandeur des Ulanenregiments Großherzog Friedrich von Baden, sind mit Urlaub hier eingetroffen.

k. Generalmajor v. der Lancken, Kommandeur der 4. Garde-Infanteriebrigade, und Major Schulz, Mitglied des Ingenieur-Komités, haben die Garnison verlassen.

k. Oberst Sicking, Abtheilungschef im Kriegsministerium, und Major Oehme, vom Kriegsministerium, sind in die Garnison zurückgekehrt.

---

* Völlig wiederhergestellt ist, der „Post" zufolge, der Generalmajor v. Mackensen, Generaladjutant und Kommandeur der Leibhusarenbrigade in Langfuhr, welcher, wie wir seiner Zeit mittheilten, Anfangs Oktober d. J. gelegentlich einer Jagd des Westpreußischen Reitervereins durch Sturz mit dem Pferde einen Fußknöchelbruch erlitten hatte. Herrn v. Mackensen wurde jedoch für die nächste Zeit ärztlicherseits noch Zimmeraufenthalt angeordnet.

Deutsches Reich.

* Auf Seite 9 und 10 der heutigen Ausgabe theilen wir das vollständige Programm mit, welches den Berathungen der demnächst im Reichs-Justizamt zusammentretenden Kommission zur Erörterung der Reform des Strafprozesses zu Grunde gelegt werden wird.